

Gansel Rechtsanwälte

POSTEINGANG 05.07.2024

Berufungseinlegung

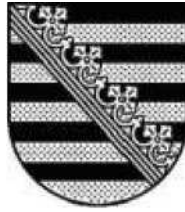
FRIST 05.08.2024 VORFRIST ----

Berufungsbegründung

FRIST 05.09.2024 VORFRIST ----

Tatbestandberichtigung

FRIST 19.07.2024 e 9. **VORFRIST**



Landgericht Leipzig

Gansel Rechtsanwälte



Zivilkammer



05.07.2024

Geschäftsstelle

Telefon: 0341 2141 -
454 oder 455

0341 2141 - 583

Telefax: 0341
2141 - 444

Aktenzeichen: **04 O**

2733/23

(Bitte bei Antwort
angeben)



, S. ./I. Volkswagen AG wg.
Schadensersatz

en und Herren Rechtsanwälte,

nterlagen erhalten Sie zur Kenntnis.

üßen

er Geschäftsstelle

wurde elektronisch erstellt und ist auch ohne
Unterschrift gültig.

Sie auf unserer Internetseite. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Hinweise auch zu. Per E-Mail kein elektronisch signierte sowie
richten; nähere Informationen zur elektronischen Kommunikation mit den sächsischen Gerichten und unter
munikation.

Dienstgebäude:



zu erreichen mit Straßenbahn Landesjustizkasse Chemnitz

USt-IdNr.: DE
354922964
Telefon: 0341 2141 0
Telefax: 0341 2141 444
Internet:
[www.justiz.sachsen.de/
lgl/](http://www.justiz.sachsen.de/lgl/)
Mo-Do 8.00-11.30 Uhr
Mo,Mi,Do 13.00-16.00
Uhr
Die 13.00-17.00 Uhr
Fr 8.00-14.00 Uhr



Aktenzeichen: **04 O 2733/23**

ENDURTEIL

- Klägerin

- Beklagte -

für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 3.678,74 € nebst Zinsen in Höhe von 5 % Punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit 03.01.2024 zu bezahlen.
2. Die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 1.375,88 freizustellen.
Im übrigen wird die Klage abgewiesen.
3. Von den Kosten des Rechtsstreits hat die Klägerin 1/3 und die Beklagte 2/3 zu tragen.
4. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistungen in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar.

Beschluss:

Der Streitwert wird auf 5.811,00 EUR festgesetzt.

Tatbestand

Die Klägerin begehrt Ersatz des Minderwerts des Kaufpreises (Differenzschaden) eines vom „Abgasskandal“ betroffenen Fahrzeugs.

Die Klägerin erwarb am 01.12.2017 einen gebrauchten VW Sharan 2,0l TDI, 135 kW zu einem Kaufpreis in Höhe von 38.740,00 € brutto. Das Fahrzeug hatte beim Abschluss des Kaufvertrags eine Laufleistung von 21.320 Kilometern. Im Fahrzeug ist ein Motor vom Typ EA 288 mit der Abgasnorm EURO 6 verbaut. Zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung am 28.05.2024 hat das Fahrzeug einen Kilometerstand von 137.821.

Die Klägerin behauptet, in dem Fahrzeug seien unzulässige Abschalteinrichtungen verbaut, zum einen eine Fahrkurvenerkennung, zum anderen eine unzulässige temperaturgesteuerten Abschalteinrichtung (Thermofenster). Das KBA hätte die EG-Typengenehmigung nicht erteilen dürfen. Aus diesem Grund bestehe ein Minderwert von 15 % des gezahlten Kaufpreises. Die Beklagte habe gegen § 6 Abs. 1 S. 1 EG-FGV i. V. m. Art. 18 der Richtlinie 2007/46/EG versto-

ßen, indem sie für das klägerische Fahrzeug eine Übereinstimmungsbescheinigung ausstellte und beilegte, die materiell rechtswidrig war, da sie nicht „allen Rechtsakten entsprach“ (Art. 3 Nr. 36 Richtlinie 2007/46/EG). Die Beklagte verstieß gegen das in Art. 5 Abs. 2 der Verordnung

(EG) Nr. 715/2007 festgelegte Verbot unzulässige Abschalteinrichtungen zu verwenden. Die Schutzgesetzverletzung sei fahrlässig verursacht.

Die Klägerin meint, sie habe wegen der Mängel am Fahrzeug durch den Einbau der unzuläs-

sigen Abschalteinrichtungen einen Anspruch auf den sogenannten Differenzschaden in Höhe von mindestens 15 % des (Brutto-)Kaufpreises nach der Rechtsprechung des BGH (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 Az. VIa ZR 335/21). Da vorliegend mehrere unzulässige Abschalteinrichtungen verbaut seien, sei der Differenzschaden auf mindestens 15 % zu schätzen. Nutzungsvorteile und der Fahrzeugrestwert seien erst dann schadensmindernd anzurechnen, als sie den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags (gezahlter Kaufpreis abzüglich Differenzschaden) übersteigen würden. Die Klägerin meint, es könne aber nur der durch einen

Weiterverkauf tatsächlich realisierte Restwert angerechnet werden.

Die Klägerin beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin einen Entschädigungsbetrag bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW Sharan mit der Fahrzeugidentifikationsnummer XXXXXXXXXXXX zu zahlen, dessen Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, der jedoch mindestens EUR 5.811,00 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit betragen muss.
2. Die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 1.375,88 freizustellen.

Die Beklagte beantragt,
die Klage abzuweisen.

Die Beklagte behauptet, in dem Fahrzeug sei zu keinem Zeitpunkt eine Fahrkurvenerkennung hinterlegt. Das im Fahrzeug verbaute Thermofenster sei dem KBA bekannt und als zulässig erachtet. Das verbaute Thermofenster erfülle nicht den Tatbestand der Abschalteinrichtung im Sinne von Art. 3 Nr. 10 VO (EG) Nr. 715/2007.

Das Fahrzeug verfüge über eine wirksame EG Typengenehmigung.

Die Beklagte meint, die Summe der Vorteile, die sich die Klagepartei auf einen – unterstellten – Schaden anrechnen lassen müsste, übersteige die behauptete Höhe des Differenzschadens, so dass ein etwaiger und nur unterstellter Schaden vollständig kompensiert sei. Die Klägerin hätte sich einen Nutzungsvorteil anrechnen lassen müssen und der tatsächliche Restwert sei abzuziehen.

Die Beklagte behauptet, für den Restwert wird üblicherweise der Verkaufspreis am Markt her-

angezogen, welcher in der Automobilindustrie anhand der Kriterien des [REDACTED] (nachfolgend „DAT“) berechnet wird. Der Restwert des streitgegenständlichen Fahrzeugs betrage nach einer von ihr durchgeführten Abfrage des DAT-Verkaufswertes für den 11. März 2024 unter Zugrundelegung einer Laufleistung des Fahrzeugs von 131.500 km EUR 22.437.

Zur Ergänzung des Sach- und Streitstandes und für die Einzelheiten des Parteivorbringens wird auf die zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze nebst derer Anlagen sowie auf das Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 28.05.2024 Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist zum Teil begründet.

I.

Die Klägerin hat einen Anspruch auf Ersatz des Differenzschadens gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV in Höhe des ausgeurteilten Betrags (10 % des Kaufpreises abzüglich anzurechnenden Vorteilsausgleich).

Der BGH hat mit Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21 - entschieden, dass dem Käufer, dessen Fahrzeug mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung im Sinne des Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ausgestattet ist, ein Anspruch auf den Differenzschaden nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV zustehen kann. Dieser Anspruch knüpft an die Pflicht des Fahrzeugherstellers an, eine zutreffende Übereinstimmungsbescheinigung auszustellen. Das unionsrechtlich geschützte Interesse, durch den Abschluss eines Kaufvertrags über ein Kraftfahrzeug nicht wegen eines Verstoßes des Fahrzeugherstellers gegen das europäische Abgasrecht eine Vermögenseinbuße im Sinne der Differenzhypothese zu erleiden, ist von § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV geschützt.

Die Voraussetzungen eines solchen Schadensersatzanspruchs liegen vor. Denn in dem vom Kläger erworbenen Fahrzeug befindet sich eine solche unzulässige Abschalteinrichtung in Form eines Thermofensters. Zur Begründung hierzu wird auf die Entscheidungsgründe des BGH, Urteil vom 14. Mai 2024, VIa ZR 694/21 und auch OLG Frankfurt, Urteil vom 17. November 2023, 25 U 215/22 Bezug genommen.

Die Klägerin hat damit einen Anspruch auf die Bezahlung des Differenzschadens.

Der Schaden der Käuferin liegt in dem Betrag, um den sie den Kaufgegenstand mit Rücksicht auf die mit der unzulässigen Abschaltvorrichtung verbundenen Risiken zu teuer erworben hat (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 Az. VIa ZR 335/21, juris Rn. 40).

Die Höhe dieses Schadens unterliegt der gerichtlichen Schätzung nach § 287 Abs. 1 S. 1 ZPO und bewegt sich nach der Rechtsprechung des BGH im Bereich von 5 % bis 15 % des gezahlten Kaufpreises (vgl. BGH, aaO, juris Rn. 72 ff.). Bei der Schätzung des Schadens innerhalb eines Rahmens zwischen 5% und 15% hat der Tatrichter bei der Bestimmung des objektiven Werts des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Vertragsschlusses die mit der Verwendung einer unzulässigen Abschaltvorrichtung verbundenen Nachteile, insbesondere das Risiko behördlicher Anordnungen, zu berücksichtigen. Weiter hat er den Umfang in Betracht kommenden Betriebsbeschränkungen und die Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Beschränkungen mit Rücksicht auf die Einzelfallumstände in den Blick zu nehmen. Maßgebend ist dabei eine auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses bezogene Betrachtung. Über diese originär schadensrechtlichen Gesichtspunkte hinaus hat der Tatrichter das Gewicht des der Haftung zugrundeliegenden konkreten Rechtsverstoßes für das unionsrechtliche Ziel der Einhaltung gewisser Emissionsgrenzwerte sowie den Grad des Verschuldens nach Maßgabe der Umstände des zu beurteilenden Einzelfalls zu bewerten, um so dem Gebot einer verhältnismäßigen Sanktionierung auch bezogen auf den zu würdigenden Einzelfall Rechnung zu tragen. Unter Zugrundelegung des im Zeitpunkt des Vertragsschlusses als gering zu bewertenden Risikos, dass das Fahrzeug zurückgerufen und mit einer Nebenbestimmung zur Typengenehmigung belegt wird, aber auch unter Berücksichtigung des erheblichen Gewichts einer solchen (unwahrscheinlichen) Maßnahme, die im Falle der Unmöglichkeit der Erfüllung einer Nebenbestimmung bis zur Betriebsuntersagung bzw. Stilllegung hätte führen können, wird der Schaden vorliegend mit 10 % des Kaufpreises bemessen. Dies auch unter Berücksichtigung der Umstände, dass einerseits der Beklagten nur einfache Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann, andererseits aber dem Verstoß der Beklagten vor dem Hintergrund des unionsrechtlichen Ziels der Einhaltung bestimmter Emissionsgrenzwerte ein nicht unerhebliches Gewicht beizumessen ist. 10 % des Kaufpreises in Höhe von 38.740,00 € ergeben 3.874,00 €.

Bei der Berechnung des Nutzungsvorteils geht das Gericht von einem aktuellen Kilometerstand des Fahrzeugs von 137.821 aus. Diesen Kilometerstand hat die Klägerin in der mündli-

chen Verhandlung angegeben und die Beklagte unstreitig gestellt. Das Gericht geht von einer Gesamtaufleistung des Fahrzeugs von 250.000 Kilometern aus. Nach der Berechnung für die anzurechnende Nutzungsentschädigung, Kaufpreis (38.740,00 €) x gefahrene Kilometer ($137.821 - 21.320 = 116.501$) geteilt durch Gesamtaufleistung (250.000 km) ergibt sich eine Nutzungsentschädigung von 18.052,99 €.

Der Restwert des Fahrzeugs beläuft sich auf 20.942 €. Die Beklagte hat eine Auskunft auf dem Internetportal der [REDACTED] (DAT) eingeholt, die diesen Fahrzeugswert angegeben

hat. Die Auskunft ist eine geeignete Schätzgrundlage, anhand das Gericht von einem Restwert in der angegebenen DAT Auskunft auf 20.942 € ausgeht.

Der Betrag von Nutzungsentschädigung und Restwert besteht damit in Höhe von 38.994,99 €. Dieser Betrag übersteigt den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags und ist damit in Höhe von 254,99 € auf einen möglichen Differenzschaden anzurechnen.

Der Differenzschaden beträgt 3.874,00 € abzüglich 254,99 € und damit 3.619,01 €

Die Klägerin kann Verzugszinsen seit Rechtshängigkeit verlangen, §§ 280,286 BGB.

Die Klägerin hat einen Anspruch auf die Freistellung von außergerichtlichen Rechtsanwaltsgebühren in Höhe von 453,87 €. Diese ausgehend von einer 1,3 Gebühr und einem Gegenstandswert von 3.619,00 €.

II.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 ZPO. Die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit findet ihre Rechtsgrundlage in § 709 ZPO.

Schick
Richterin am Landgericht

Zivilkammer

04 O 2733/23

Verkündungsvermerk

Verkündet am: 04.07.2024

Herbst

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle



Landgericht Leipzig

Transfervermerk

erstellt am 05.07.2024 um 08:50:16 Uhr

Die Prüfung der qualifizierten elektronischen Signaturen zum vorgehenden Dokument hat folgendes Ergebnis erbracht:

Prüfergebnis zu

[Redacted]

[Redacted].pkcs7					
Signiert durch	Berufsbezogenes Attribut	Signiert am	Seriennummer des Zertifikats	Integrität	Zertifikat
[Redacted]		03.07.2024 16:29:04 Uhr	105560584746210182 8 241123289366996725 4	gültig	gültig



Landgericht Leipzig
Transfervermerk

erstellt am 05.07.2024 um 08:50:19 Uhr

Die Prüfung der qualifizierten elektronischen Signaturen zum vorgehenden Dokument hat folgendes Ergebnis erbracht:

Prüfergebnis zu

[REDACTED]					
[REDACTED]					
[REDACTED].pkcs7					
Signiert durch	Berufsbezogenes Attribut	Signiert am	Seriennummer des Zertifikats	Integrität	Zertifikat
[REDACTED]		05.07.2024 08:46:54 Uhr	102987814255192211 0 725380879048580014 0	gültig	gültig

